



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/283 - 10.12.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-57
Fernschreiber 037890

Bundespräsident Prof. Heuss verzichtete ...	S. 1
Neue Kardinäle - neue Vatikanpolitik	S. 3
Zur Streiklage im graphischen Gewerbe	S. 5
Der Kanzler richtiggestellt	S. 7

Inmitten der Staatskrise

P.R. Die Bundesrepublik durchlebt in diesen Tagen und Stunden eine ernste Verfassungskrise, die sich zu einer Staatskrise auszuweiten droht. Sie ist nur äußerlich über Nacht ausgebrochen. In Wahrheit bereitet sie sich seit einiger Zeit immer sichtbarer in dem Versuch der Regierung vor, in der Frage der Westverträge eine politische Entscheidung in ihrem Sinne unter Mißachtung verfassungsrechtlicher Gegebenheiten und Notwendigkeiten zu erzwingen.

Diese Bemühungen steigerten sich am letzten Dienstag zu massiven Pressionsmanövern des Kanzlers und anderer führender Persönlichkeiten des Regierungslagers auf den Bundespräsidenten, sein Gutachten zurückzuziehen. Von Seiten der Ministerpräsidenten der deutschen Länder wurden, wie sich dann zeigte vergeblich, ernste Bedenken und Warnungen ausgesprochen, denn schließlich hat der Bundespräsident nachgegeben.

Dies ist der besorgniserregende, ja alarmierende Tatbestand. Er ist geeignet, die Grundlagen des allgemeinen Vertrauens in das Rechtsbewußtsein unserer regierenden Körperschaften und der sie stützenden Kräfte zu erschüttern und in ihre Fähigkeit, in seinen Bahnen politisch zu handeln. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Ersuchen des Bundespräsidenten entsprochen. Das geschah, nachdem am Tage zuvor in Karlsruhe das aus beiden Senaten bestehende Plenum des Bundesverfassungsgerichtes beschlossen hatte,

daß seine Stellungnahme für den ersten und zweiten Senat verbindlich sein sollte. Diese Entscheidung war logisch, denn es wäre widersinnig, anzunehmen, daß das Ganze nicht die Teile verpflichten könnte. Dies ist im Falle einer auseinandergelassenen Meinung beider Senate im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht auch ausdrücklich vorgesehen. Das Bundesverfassungsgericht ist aber auch, wie seinerzeit das Reichsgericht, in Fragen seines eigenen Funktionsbereiches, wenn sich die bestehende Gesetzgebung als lückenhaft erweist, durchaus in der Lage, Recht zu schaffen. Deshalb hat es seine eigene oberste Zuständigkeit auch für den Fall festgelegt, daß der Prozeßgegenstand auf dem Wege eines Gutachtens geklärt werden sollte. Trotzdem hat sich das Bundesverfassungsgericht entschlossen, dem Wunsch des Bundespräsidenten zu entsprechen und das Gutachterverfahren nicht fortzusetzen.

Bundespräsident Heuss hat seinen neuen Standpunkt mit dem Hinweis begründet, der Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes, daß das Gutachten des Plenums die Entscheidungen der beiden Senate binde, stimme nicht mit dem Grundgesetz und dem Gesetz über das Bundesverfassungsgericht überein. Er hat dabei übersehen, daß diese Frage nicht er, sondern gerade das Bundesverfassungsgericht selbst zu entscheiden hat, das ja gerade zu dem Zweck geschaffen wurde, verbindlich festzustellen, ob eine Maßnahme mit dem Grundgesetz übereinstimmt und das in der Auslegung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht, also über sich selbst, autonom ist. Im anderen Falle würde der paradoxe Zustand eintreten, daß höchste politische gegen höchste staatsrechtliche Institutionen ausgerechnet in staatsrechtlichen Fragen zu entscheiden hätten.

Das Betrübliehste an der Angelegenheit ist, daß der Bundespräsident und das Bundesverfassungsgericht direkt und in unheilvollster Weise in den politischen Meinungsstreit einbezogen worden sind. Dies geschah außerdem in einer Form, die nichts mehr mit dem ruhigen Vorgang der Anforderung eines Gutachtens oder der Einreichung einer Klage zu tun hatte, sondern die durch die Ereignisse der letzten acht Tage ganz eindeutig und einseitig politisch abgestempelt war.

Im Bundestag herrschte am Mittwoch eine Erregung wie noch nie seit der Bildung der Bundesrepublik. Gerade auch in Kreisen der ausländischen Journalisten war man von der letzten Entwicklungsphase in dieser entscheidend wichtigen Frage tief enttäuscht. Fast ganz allgemein aber sieht man auch in ihr eine Politisierung der Haltung des Bundespräsidenten und des Bundesverfassungsgerichtes, die zu einem Mißbrauch dieser höchsten, auf unumstrittenes Ansehen angewiesenen Einrichtungen hinauslaufen muß. Immer wieder weist man auf Parallelen aus der Zeit des Weimarer Staates hin, wo auf ganz ähnliche Weise irreparabler Schaden entstand. Es ist kein Zweifel: Noch nie in ihrer jungen Geschichte war die Demokratie in der Bundesrepublik als Staatsprinzip und in ihrer politischen Praxis so in Gefahr wie heute.

+ + +

24 neue Rote Hüte

v. sch. - Rom, Anfang Dezember

Warum Papst Pius XII. sieben Jahre hat verstreichen lassen, statt des üblichen Durchschnitts von weniger als zwei, bevor er sich entschloß, die seit dem Februar 1946 entstandenen Lücken im 70köpfigen Kollegium der Kardinäle aufzufüllen, ist eins der vielen Rätsel, die in den bald zwölf Jahren seines Pontifikates entstanden sind. Nie ist dafür eine befriedigende Antwort gegeben worden. Noch gibt es keine ausreichende Erklärung dafür, warum er sich plötzlich entschlossen hat, ein Konsistorium auf den 12. Januar einzuberufen und dabei die 24 neuen Kardinäle bekanntzugeben. Sogar die Kurien-Kardinäle, die in Rom ihren festen Wohnsitz haben und sozusagen den permanenten engeren Vorstand der kirchlichen Organisation bilden, sind erst durch die Weltpresse von der vollendeten Tatsache unterrichtet worden. Das beweist jedenfalls, daß der jetzige Papst eine sehr eigenwillige Persönlichkeit ist, die ihre Entschlüsse einsam faßt und sich durch Stimmungen und Strömungen von draußen nicht beeinflussen läßt.

Wenig Überraschungen, aber große Probleme

Die Liste der 24 Ernennungen enthält wenige Überraschungen, hat dafür jedoch einige Probleme aufgeworfen. Die Ernennung eines Polen zum Kardinal war fällig. Wird Erzbischof Wischinski - von dem übrigens hier versichert wird, er sei ein entfernter Verwandter des ebenfalls aus Polen stammenden Außenministers der Sowjetunion - nach Rom zum Empfang des Hutes kommen dürfen? Wahrscheinlich ja, denn es scheint, daß zwischen dem Vatikan und der Warschauer Regierung ein stillschweigender Modus Vivendi erreicht worden ist, bei dem die relativ milden Verfolgungen der katholischen Religion in Polen (verglichen mit Ungarn und der Tschechoslowakei) in Rom scheinbar übersehen werden, dafür die polnischen Kommunisten von Moskau die Erlaubnis erhielten, einstweilen die Kirche und insbesondere ihre hohen Würdenträger zu schonen.

In diesem Zusammenhang hat der Papst darauf verzichtet, den Prager Erzbischof Beran zum Kardinal zu befördern, dessen Behandlung sonst in Vatikan-Kreisen fast auf die gleiche Stufe wie die des als Märtyrer gepriesenen ungarischen Kardinals Mindszenty gesetzt wird. Eine solche Ernennung hätte Öl aufs Feuer gegossen und die Stellung der Katholiken auch in Polen gefährdet.

Ernennung mit politischem Hintergrund

Umso energischer, weil eben das Risiko weniger groß war, hat sich der Papst im Falle des jugoslawischen Erzbischofs Stepinac gezeigt, den er zum Kardinal ernannt hat als Belohnung für seine aufrechte Haltung nach seiner Verurteilung wegen angeblicher Kriegsverbrechen zu einer Zeit, als Tito noch zu Stalins Getreuen zählte. Natürlich ist diese Beförderung von den jugoslawischen Machthabern als eine Provokation empfunden worden. Wahrscheinlich ist sie auch in London und Washington, wo man aus militärischen Gründen eifriger denn je um Tito wirbt, mit geringer Begeisterung aufgenommen worden. Offenbar hofft der Papst, daß die anglo-amerikanische Diplomatie bei dieser Gelegenheit versuchen wird, eine Bereinigung des Verhältnisses zwischen der Belgrader Regierung und dem Vatikan zu erreichen.

Von den verstorbenen zwei deutschen Kardinälen ist nur Faulhaber, nicht Graf Preyssing, ersetzt worden und die mehr als zwanzig Millionen deutscher Katholiken haben somit nur noch zwei Kardinäle - die zwanzig Millionen Spanier dagegen vier, und die vierzig Millionen Franzosen sogar sieben, von den 27 italienischen Kardinälen für ihre 48 Millionen Landsleute gar nicht zu reden. Die nordamerikanischen Katholiken hatten seit dem Kriege mit Bestimmtheit erwartet, daß die Zahl ihrer Kirchenfürsten von vier auf fünf erhöht werden würde. Das ist jedoch nicht geschehen. In römischen Kreisen wird dies als ein Zeichen des Unwillens des Papstes wegen der Nicht-Herstellung regulärer diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und dem Vatikan gedeutet.

Lateinamerika - Bollwerk des Katholizismus

Hingegen wird die immer wachsende Zahl von Kardinälen in den Ländern spanischer und portugiesischer Zunge als ein klares Zeichen dafür angesehen, daß der Vatikan diesen Teil der Welt - und ganz besonders Latein-Amerika - als das eigentliche Bollwerk des katholischen Glaubens mehr noch als das bedröhte Europa ansieht. Diesen Eindruck hatte man schon vor zwei Jahren gewonnen, als der Papst das Dogma der Himmelfahrt Marias verkündete, das seit langem in diesem Teil der Welt erhofft wurde, während europäische und nahöstliche katholische Kreise diesem Schritt nicht ohne Bedenken gegenüberstanden, zumal er die Kluft zwischen den hauptsächlich christlichen Konfessionen nur vertiefen würde. Der Papst hielt offenbar die Befriedigung des Wunsches der Katholiken spanischer und portugiesischer Sprache damals für wichtiger als alle Gegengründe. Jetzt werden von den 43 nicht-italienischen Kardinälen nicht weniger als 18 der iberischen Sprachengruppe angehören.

Zur Taktik des Streiks im graphischen Gewerbe

R.D. Der Verlauf des Streiks im graphischen Gewerbe hat in weiten Kreisen der Bevölkerung und auch unter den beteiligten Arbeitnehmern Unruhe und Mißstimmung ausgelöst. Zu seiner Geschichte ist zu sagen, daß bereits am 10. November die zwischen der Tarifkommission der IG Druck und Papier und den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der graphischen Verbände geführten Verhandlungen gescheitert waren. Die Unternehmervertreter hatten die berechnete Forderung der Gewerkschaften auf Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Pfennig abgelehnt. Die Urabstimmung zum Streik hatte eine Mehrheit der Arbeitnehmer für den Streik ergeben.

Grundlage der Forderungen der Gewerkschaften waren die von den Verlagen eingereichten Klagen gegen den Demonstrationsstreik anlässlich des Betriebsverfassungsgesetzes, aus denen die klagenden bürgerlichen Verlage die ihnen für die Streiktage entgangenen Gewinne zurückzuholen hofften. Es hatte sich gezeigt, daß diese eingeklagten Gewinne in keinem vertretbaren Verhältnis zu den vor Gericht ausgewiesenen Lohnkosten der Verlage stand. So waren es diese Berechnungsunterlagen der Unternehmer selbst, die die Arbeitnehmer ermunterten, alle legalen gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden, um ihre Forderung durchzusetzen.

Es ist absurd zu behaupten, der Streik habe politische Gründe. Nach dem Ergebnis der Urabstimmung, dem die Entscheidung des geschäftsführenden Vorstandes, der Tarifkommission und des Beirates der Gewerkschaft IG Druck und Papier vorangegangen war, denen bei dieser Entscheidung der übrigens wiederholt verschobene Termin der Bundestagsdebatte nicht bekannt sein konnte, ist eine solche Behauptung eine glatte Unterstellung. Es konnte aber nicht ausbleiben, daß dieser Streik in einer prekären politischen Situation eine politische Wertung erfuhr.

Es hat sich nämlich ergeben, daß die konsequente Bestreikung aller Zeitungsunternehmen, auch jener sozialdemokratischer Verlage, die von vorneherein den Forderungen der Gewerkschaft zustimmten bzw. sich bereit erklärten, das Ergebnis des Schiedsspruches für sich als verbindlich anzusehen, zu einer Benachteiligung dieser Verlage führen mußte, soweit es der Gewerkschaft nicht gelang, das Erscheinen der koalitionsfreundlichen Zeitungen zu verhindern. Solche Zeitungen wurden zum Teil im Ausland (Belgien), zum Teil durch Vereinbarung einzelner Belegschaften mit ihren Verlagen, insbesondere in Süddeutschland

herausgebracht. Hier haben örtliche Gewerkschaftsleitungen entgegen der zentralen Anweisung, die nicht einmal vollen Zugeständnisse der Verlage auf die Forderungen der Gewerkschaft akzeptiert, und die Zeitungen ausgedruckt, soweit nicht Notausgaben herausgegeben wurden. Damit kam insbesondere die koalitionsfreundliche Presse zum Zuge und die sich solidarisch haltenden Belegschaften der sozialdemokratischen Presse bzw. der der SPD nahestehenden Zeitungen verhinderten das Erscheinen der Stimme der Opposition. Auch im Streit der Regierung mit dem Bundesverfassungsgericht ist so die Regierungspresse, nicht jene der Opposition, zur Sprache gekommen. So haben sich auch die der SPD nahestehenden Verlage genötigt gesehen, zum Teil in Vereinbarung mit ihren Belegschaften zu Notausgaben zu schreiten. Das war ein peinlicher, für die Gewerkschaften wie die beteiligten Arbeitnehmer und die sozialdemokratische Presse unerfreulicher Vorgang.

Die Entscheidung des Vorstandes der IG Druck und Papier, auch die sozialdemokratische Presse und solche Unternehmen, die sich zur Anerkennung der Forderungen der Gewerkschaften bereiterklärten, zu bestreiken, war eine taktische Fehlentscheidung. Es ist noch nie in einer Streikaktion üblich gewesen, Unternehmen stillzulegen, die die Gewerkschaftsforderungen anerkannten - im Gegenteil, immer wurden bei solchen Unternehmen die Streiks sofort abgebrochen. Bestreikt wurden nur Unternehmer, die weiter auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharrten.

Es steht außer Zweifel, daß sich die sozialdemokratischen Verlage und ihre Zeitungen und darüber hinaus auch andere Unternehmen vollinhaltlich zur Erfüllung der Gewerkschaftsforderungen bereit erklärten. Die so erklärte Solidarität kann nicht damit bestraft werden, daß man die Oppositionspresse in Deutschland mundtot macht. Solidarität auf der einen Seite setzt solidarische Folgerungen auf der anderen voraus. Im anderen Falle wäre der Solidaritätsgedanke der Arbeitnehmer zur bloßen Farce geworden.

+ + +

Der Kanzler richtiggestellt

(sp) Die Bundestagsdebatte um den Verteidigungsbeitrag hatte auch im Negativen einige Höhepunkte. Regierung und Regierungsparteien kämpften nicht mehr mit sauberen Mitteln. Hier ein Beispiel. Der Bundeskanzler erwiderte auf die Rede des Oppositionsführers (wir zitieren nach dem "Bulletin" vom 8. Dezember 1952):

"Herr Ollenhauer hat gesagt, es werde schließlich so kommen, daß das deutsche Truppenkontingent als schlecht bewaffnete Nachhut dastehen werde, und hat hinzugesetzt: Jeder weiß, daß wir doch gar nicht in der Lage sind, die 40 Milliarden, die zur Ausrüstung notwendig sind, aufzubringen. Nun, Herr Blank hat mir eben erklärt, Herr Ollenhauer wisse durch die Unterrichtung, die er gegeben hat, genau, daß die Vereinigten Staaten sich verpflichtet haben, uns die neuesten und besten Waffen i n d i e s e m W e r t e (gesperrt durch d.Red.) zu stellen".

Dazu bemerkt die "Frankfurter Rundschau" am 9. Dezember 1952 unter dem Titel "Amerikaner stellen Kanzler-Erklärung richtig":

"Zu der vom Bundeskanzler vor dem Bundestag abgegebenen Erklärung, die USA hätten sich verpflichtet, der Bundesregierung die neuesten und besten Waffen im Werte von 40 Milliarden DM zu stellen, verlautet aus Kreisen der amerikanischen Hochkommission, daß bei der Unterzeichnung des EVG-Vertrages in Paris von amerikanischen Beamten darauf hingewiesen worden sei, daß im laufenden Budget der USA 9,5 Milliarden Dollar (etwa 40 Milliarden DM) für Waffen und Ausrüstung zugunsten der gesamten EVG eingesetzt seien. Dieses Material werde aber durch das Kommissariat der EVG nach den Richtlinien der NATO verteilt, vorausgesetzt, daß der EVG-Vertrag bis zum 1. Juli, wenn das Haushaltsjahr der USA ablaufe, ratifiziert sei. Andernfalls würde die Summe an den Kongreß zurückfließen und müßte vom neuen Kongreß neu bewilligt werden. Das aber erscheine zweifelhaft, da Präsident Eisenhower eine drastische Kürzung des Budgets angekündigt hat. Obwohl US-Hochkommissar Donnelly die Erklärung des Kanzlers sofort richtiggestellt hat, hat das amtliche Mitteilungsblatt der Bundesregierung vom 8. Dezember die Ausführungen Dr. Adenauers zu diesem Punkt vollständig übernommen".

Wir haben dieser Feststellung über den Wahrheitsgehalt von Kanzler-Erklärungen und Veröffentlichungen des regierungsamtlichen "Bulletin" nichts anderes hinzuzufügen als den Hinweis, daß sie keine Überraschungen bietet.

Verantwortlich: Peter Raunau